



Grundsatzprogramm

der GRÜNEN Rhein-Hunsrück

gruene-rh.de

Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Rhein-Hunsrück

Inhaltsverzeichnis

Klimaschutz und Erneuerbare Energien	2
Familie, Kinder und Jugend	3
Kindertagesstätten.....	3
Jugend	3
Leben im Alter.....	4
Wohnen	4
Medizinische Versorgung	5
Verkehr, Mobilität und Infrastruktur im Rhein-Hunsrück Kreis.....	5
Wirtschaft, Tourismus und Kultur	7
Eine zukunftsfähige Wirtschaft	7
Nachhaltiger Tourismus	8
Kultur und Ehrenamt	8
Stadt- /Dorfentwicklung.....	10
Integration	11
Soziales Miteinander	12
Kampf gegen Rechts.....	12
Umwelt- und Artenschutz	13
Landwirtschaft, Tierschutz und Ernährung	14
Landwirtschaft und Tierschutz.....	14
Ernährung	14

Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist Vorreiter in Rheinland-Pfalz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, besonders im Bereich der Windkraft. Hier gilt es, punktuell dort Anlagen zu ergänzen, wo dies angemessen ist. Die Kernzone des Naturpark Soonwald sollte frei von Windenergieanlagen bleiben. Ansonsten sollte im Bereich der Windkraft der Fokus auf das Repowering von alten Anlagen gesetzt werden, also den Austausch von alten Windkraftanlagen durch neue, effektivere Anlagen. Durch Repowering wird sich die Anzahl der Windkraftanlagen nicht weiter erhöhen, aber der Rhein-Hunsrück-Kreis auch in Zukunft konstant von der Energiewende profitieren

Auch mit Blick auf Dach-PV-Anlagen ist der Kreis teilweise gut aufgestellt. Neue gesetzliche Regelungen, wie z. B. die EEG-Novelle, werden dem Ausbau von Dach-PV-Anlagen einen Schub geben, etwa durch mehr Dach-PV Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden. Dies wurde nun auf Druck der Grünen in der Landesregierung erleichtert. Auch die Kommunen und der Kreis sind hier gefragt, mit eigenen Förderprogrammen und Beratungsangeboten für Bürger*innen den Ausbau von Dach-PV-Anlagen zu beschleunigen. Gleiches gilt für Batteriespeicher. Wir plädieren für eine Verpflichtung von Dach-PV-Anlagen in Neubaugebieten über den Bebauungsplan.

Der Ausbau von Freiflächen-PV-Anlagen im Kreis hat noch erhebliches Potential. Wir fordern einen Kriterienkatalog, welcher Flächenausweisungen regelt und den Ausbau steuert. So müssen z. B. hochwertige landwirtschaftliche Flächen für herkömmliche Freiflächen-PV-Anlagen ausgeschlossen werden. Auch die Biodiversität muss gefördert werden, etwa durch ein Verbot von Pestiziden auf PV-Freiflächen. Agri-PV-Anlagen bieten die Möglichkeit einer Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen. Zusammen mit unseren Landwirt*innen können wir diesen Bereich weiterentwickeln.

Grundsätzlich fordern wir die Gründung einer kreiseigenen Energiegesellschaft unter Einbeziehung der Kommunen, z. B. in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts, welche eigene Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien mit umsetzen kann. Dies fördert massiv die regionale Wertschöpfung. Auch Bürgerenergiegenossenschaften müssen berücksichtigt werden, damit Bürger sich an EE-Anlagen beteiligen können.

Der Rhein-Hunsrück-Kreis war bezüglich Erneuerbarer Energien immer Vorreiter. Diese Rolle wollen wir erhalten und ausbauen. Wir müssen weiter innovativ sein. Den hohen Stromüberschuss durch Windkraftproduktion können wir durch Ausbau der Speichertechnologie sowie einer Ansiedlung von Wasserstoffproduktion im Kreis in der Region halten.

Leider ist auch der Rhein-Hunsrück-Kreis im Wärmesektor noch stark auf fossile Energien wie Öl und Gas angewiesen. Wir müssen hier strategisch vorgehen und benötigen eine kommunale Wärmeplanung auf Kreisebene. Basierend auf der Wärmeplanung können wir gezielt Erneuerbare Energien im Wärmesektor etablieren, z. B. durch den Aufbau von (Kalten) Nahwärmenetzen. Mit der Rhein-Hunsrück-Entsorgung haben wir auf diesem Gebiet einen starken und erfahrenen Player.

Auch die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden muss verstärkt werden. Hier können die Kommunen und der Kreis in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale verstärkt private Haushalte beraten und über Förderprogramme informieren. Auch die Möglichkeit eigener, kommunaler Förderprogramme sollte ausgeschöpft werden.

Hierzu müssen die Kommunen und der Kreis ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und die eigenen Liegenschaften anpacken. Viel zu lange wurden dringend notwendige energetische Sanierungen aufgeschoben und auf billiges russisches Gas gesetzt.

Um kommunale Liegenschaften energetisch zu optimieren, ist ein kommunales Energiemanagement notwendig, welches Verbräuche und Zustände der Liegenschaften erfasst und gezielt Maßnahmen umsetzt, um die energetische Situation zu verbessern. Auch die Straßenbeleuchtung weist einen hohen Anteil am kommunalen Stromverbrauch auf. Zum Teil haben die Kommunen innerhalb des Kreises dies auch bereits erkannt. In den verbleibenden Gemeinden und Städten muss die Umrüstung auf LED schnellstmöglich erfolgen. Auch hierfür stehen Förderprogramme zur Verfügung.

Wir begrüßen sehr, dass mittlerweile alle Kommunen im Rhein-Hunsrück-Kreis mit Klimaschutzmanagern ausgestattet sind, welche Klimaschutzkonzepte erstellen. Auch freuen wir uns darüber, dass der Kreis sein Klimaschutzkonzept im Rahmen eines integrierten Vorreiterkonzeptes auf Antrag unserer Kreistagsfraktion fortschreibt, welches u.a. die kreisweite Treibhausgasneutralität bis 2040 fordert. Auch sehr positiv bewerten wir, dass der Kreis, wiederum auf Antrag der Grünen, ein Klimafolgenanpassungskonzept auf den Weg gebracht hat.

Familie, Kinder und Jugend

Kindertagesstätten

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder im Rhein-Hunsrück-Kreis die besten Bedingungen für ein glückliches Aufwachsen haben.

Wir fordern ausreichende und wohnortnahe Kitaplätze, einen Ausbau der Qualität und des Betreuungsumfangs. Hinzu kommt, dass flexiblere Öffnungszeiten geschaffen werden müssen, welche besser mit dem Lebensalltag von berufstätigen Eltern und Elternteilen vereinbar sind. Damit es den Kindern auch gut geht, muss für eine einwandfreie Mittagsverpflegung an Kitas und Schulen gesorgt werden, regional und frisch.

Generell ist es wichtig, dass bessere Anreize für Fachkräfte geschaffen werden, um mehr Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen zu gewinnen.

Darüber hinaus ist die Kindertagespflege ein wichtiges ergänzendes Betreuungsangebot, das wir durch eine verlässliche und ausreichende Finanzbeteiligung des Kreises stärken wollen.

Es ist von großer Bedeutung, jedes Kind dauerhaft und stärker zu unterstützen. Insbesondere die Kinder, die schlechtere Startchancen haben. Dazu sind unkomplizierte und wirkungsvolle Unterstützungen und Hilfen für Familien zu schaffen, welche ausgebaut und auch weiterentwickelt werden müssen. Als Beispiel zählen bestimmte Streetwork-Projekte, Familienzentren oder die Kita-Sozialarbeit.

Jugend

Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen ihnen gleichberechtigte Teilhabe und Mitsprache an den sozialen, ökonomischen und kulturellen Themen unserer Gesellschaft ermöglichen. Es ist erforderlich, das Mindestwahlalter auf 16 Jahre auf allen Ebenen zu senken. Jugendliche wollen mit ihrer Stimme über ihre kommunalen Vertreter*innen entscheiden. Deshalb haben wir GRÜNE auf Landesebene eine Verfassungsänderung angestrebt, die die CDU jedoch vehement blockiert. So kommen wir in die absurde Situation, dass 16- und 17-jährige bei der Europawahl, die parallel zur Kommunalwahl stattfindet, ihre Stimme abgeben dürfen - über ihre unmittelbaren kommunalen Vertreter*innen dürfen sie jedoch nicht mitentscheiden.

Es ist für die Mitwirkung der Jugendlichen verpflichtend, ihnen eigene Jugendparlamente zu ermöglichen, diese zu fördern und vor allem zu stärken. Daher unterstützen wir die Einrichtung von kommunalen Jugendvertretungen. Wir fordern alle Verbandsgemeinden und die Kreisverwaltung dazu auf, Initiativen für kommunale Jugendvertretungen zu fördern und diese zu etablieren. Jugendbeteiligung muss verpflichtend sein, wenn kommunale Planungen die Interessen von Jugendlichen berühren. So werden sie am politischen Prozess beteiligt und es zeigt, dass Engagement auch Erfolg haben kann.

Wir GRÜNEN setzen uns für kostenfreie Menstruationsartikel an Schulen ein. Für viele junge Menschen ist die Periode ein sensibles Thema, bei welchem Hilfe von außen dringend nötig ist. Es ist erforderlich, vor allem an Schulen, Abhilfe zu schaffen. Besonders wichtig ist dies für diejenigen, die wenig Unterstützung von zuhause und Mitschüler*innen erfahren.

Die Corona-Pandemie ist wahrscheinlich an keinem Kind oder Jugendlichen spurlos vorbeigegangen: geschlossene Kitas und Schulen, fehlende soziale Kontakte. Im Alltag sind Auswirkungen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen noch immer festzustellen, weshalb das Jugendamt für die Aufarbeitung besonders wichtig sind. Es ist dringend notwendig, das Jugendamt weiter auszubauen und für ausreichend personelle Ausstattung zu sorgen.

Leben im Alter

Selbstbestimmung, Würde und gutes Leben im Alter wollen wir GRÜNE gewährleisten. Dafür wollen wir Pflegeleistungen dort unterstützen, wo sich Personen zugehörig fühlen. Zur Hilfe gehören für uns Angebote, die es ermöglichen, den Haushalt aufrechtzuerhalten, die Nachbarschaft und Gemeinschaft zu bewahren, Vereinsamung oder Ausgrenzung zu verhindern, Ehrenamt zu fördern und neue Wohnformen zu etablieren. Wir wollen lokale Wohnprojekte für Senior*innen, Pflegebedürftige und generationsübergreifendes Wohnen fördern und Förderprogramme des Landes nutzen, wie beispielsweise das Projekt „WohnPunkt RLP“. Wir möchten Projekte der Nachbarschaftshilfe fördern, insbesondere auch solche, die Leistungen im Rahmen des Entlastungsbeitrags für Pflegebedürftige erbringen könnten.

Wer pflegebedürftig wird oder bereits ist, sollte hochwertige Unterstützung und Angebote erhalten, die ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen. Wir arbeiten aktiv in der Regionalen Pflegekonferenz und im Netzwerk Demenz des Rhein-Hunsrück-Kreises mit. Wir unterstützen Initiativen und Angebote des generationsübergreifenden Miteinanders und gegen Einsamkeit.

Wir unterstützen aufsuchende Hilfen, wie z. B. das sehr erfolgreich angelaufene Programm GemeindegewestPlus für Ältere und das Angebot der Frühen Hilfe für Familien. Wir treten ein für geschlechtersensible Angebote und Einrichtungen, die der kulturellen Vielfalt der älter werdenden Bevölkerung und Gesellschaft entsprechen.

Wohnen

Wir fordern bezahlbaren Wohnraum für alle, da jeder Mensch ein Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum hat. Wohnen darf kein Luxus sein, ganz besonders für junge Familien und Alleinstehende. Wir setzen uns für eine ausreichende Versorgung mit sozialgebundenen Mietwohnungen ein und stellen dafür günstige Grundstücke zur Verfügung. Wir stehen für innovative Lösungen, wie den Aufkauf von Leerstandimmobilien in den Innenstädten und in den Ortskernen der Kommunen. Leerstände in bezahlbaren Wohnraum umzuwandeln, bedeutet mehr Belebung der Stadt- und Ortskerne. Genauso fordern wir auch ein kreisweites Wohnraumentwicklungskonzept.

Als GRÜNE unterstützen wir die Entstehung von neuem Wohnraum für Menschen mit Behinderungen im Rhein-Hunsrück-Kreis. Mithilfe einer besseren Vernetzung der Anbieter*innen

und der Menschen mit Behinderungen sollen bedarfsgerechte und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichende Projekte verwirklicht werden. Hierbei soll der vorhandene Bestand genutzt werden und beispielsweise Leerstände in Dörfern mit gemeinschaftlichen und inklusiven Wohnformen belebt werden. Fehlender Wohnraum ist eine der wichtigsten sozialen Themen. Wir setzen uns ein für eine zentrale Stelle in der Verwaltung, die Menschen mit Vermittlungshemmnissen, wie z. B. Alleinstehende mit Kindern, Empfänger*innen von Bürgergeld, Menschen mit Migrationsgeschichte und interessierte Vermieter*innen insbesondere zusammenbringt und unterstützt.

Medizinische Versorgung

Der Rhein-Hunsrück-Kreis braucht wohnortnahe, gut erreichbare Einrichtungen der regelmäßigen Gesundheitsversorgung aller Altersgruppen. Dazu gehört die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung und die Ansiedlung von Fachärzt*innen insbesondere Frauenärzt*innen, Kinderärzt*innen und Psycholog*innen sowie Hebammen. Die demografische Entwicklung und der wachsende Versorgungsbedarf der Menschen, aber auch der Fachkräftemangel machen jetzt vor Ort rasche Veränderungsprozesse nötig.

Wir machen unsere Kommunen attraktiv für die Niederlassung von jungen Allgemeinmediziner*innen und anderen Ärzt*innen. Hierzu gehören Stipendien für Medizinstudierende, die sich für die allgemeinmedizinische Versorgung in der Region verpflichten.

Wir waren und sind gegen den Trend zur Privatisierung im Krankenhausbereich. Wir wollen eine am Bedarf der Patient*innen orientierte Krankenhausversorgung und wollen alle bedarfsnotwendigen Krankenhäuser stärken. Wir setzen uns ein für den Erhalt des Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein (Heilig Geist) in Boppard und der Geburtshilfe im Krankenhaus Simmern.

Bei der Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums sind auch kommunenübergreifende Lösungen zu entwickeln. Durch die gemeinsame Ansiedlung von weiteren gesundheitlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Apotheken und Physiotherapeut*innen, wollen wir lokale Gesundheitzentren etablieren.

Nach dem Motto " Ein gesundes Ich durch ein starkes Wir" unterstützen wir Selbsthilfegruppen für Menschen in verschiedenen Lebenslagen.

Mobilität und Infrastruktur im Rhein-Hunsrück Kreis

Der ÖPNV im Rhein-Hunsrück-Kreis hat für uns eine hohe Priorität. Auf Basis des Landesnahverkehrsplanes müssen wir den ÖPNV im Kreis neu strukturieren. Es kann nicht sein, dass Busse fast unbesetzt fahren und somit Umwelt und Klima belasten und Geld kosten. Hier muss so schnell wie möglich eine Anpassung stattfinden, um wenig nachgefragte Strecken neu zu bewerten. Leerfahrten müssen unbedingt verhindert werden. Wasserstoffbusse und alternative Antriebe sollten in zukünftigen Ausschreibungen berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist die Mobilität im ländlichen Raum allein durch Busverkehre nicht zu gewährleisten. Ergänzend zum jetzigen ÖPNV plädieren wir für ein Mobilitätskonzept, welches die Komplexität in Gänze erfasst und passgenaue Lösungen bietet. Hierbei soll ein Bündel an Maßnahmen unter Beteiligung der Bürger*innen entwickelt werden, wie z. B. Car-Sharing, Ausbau der Radwegenetze, On-Demand-Lösungen sowie der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, um den Bedürfnissen des ländlichen Raumes gerecht zu werden. Insgesamt sollen Mobilitätsangebote zusammen gedacht und vernetzt werden.

Daher sind wir auch für eine Reaktivierung der Hunsrückquerbahn. Viel zu lange hat die Deutsche Bahn diesem Vorhaben Steine in den Weg gelegt. Nun ist es an der Zeit, die Reaktivierung sowohl für den Güter-, als auch für den Personenverkehr wieder in die Wege zu leiten. Die Möglichkeit, mittelfristig Züge mit Wasserstoff oder Akkus zu betreiben, bietet eine weitere Chance, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern.

Obwohl wir die Idee einer Mittelrheinbrücke stets kritisch begleitet haben und dies auch weiter tun, akzeptieren wir den Bau, wie es auch im Koalitionsvertrag der Ampel in Rheinland-Pfalz verankert ist. Die Brücke bietet die Möglichkeit, beide Rheinseiten auf mehreren Ebenen zu verbinden und den Austausch zu fördern. Wir werden den Prozess jedoch weiterhin kritisch begleiten. Für uns ist es wichtig, dass die Brücke verschiedene Bedingungen erfüllt: sie muss so klima- und umweltverträglich wie möglich realisiert werden und darf den Welterberbe-Status nicht gefährden. Außerdem dürfen die Kommunen nicht mit übermäßigen Kosten belastet werden. Auch muss ein Weiterbetrieb der Fährverbindungen gewährleistet sein.

Des Weiteren stellt der Bahnlärm im Rheintal eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bürger*innen am Mittelrhein dar, welche hiervon betroffen sind. Alle technischen und regulatorischen Möglichkeiten, die Bevölkerung zu schützen, müssen ergriffen werden. Wir wollen die Thematik wieder verstärkt auf der Bundesebene etablieren.

Die Zugverbindungen an der Rheinschiene in das Rhein-Main-Gebiet sowie den Raum Köln/Bonn sind für viele Menschen aus der Region sowie den Tourismus ein wichtiger Faktor. Wir setzen uns für eine regelmäßige Taktung der Regionalzüge ein und dass der Hauptbahnhof Boppard weitere Intercity-Verbindungen erhält.

Der Flughafen Hahn ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für den Rhein-Hunsrück-Kreis und ist der einzige Flughafen in Rheinland-Pfalz. Daher ist der Erhalt für uns wichtig, auch um den Mitarbeiter*innen eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten. Neben dem Flugbetrieb muss er als interkommunales Gewerbegebiet weiterentwickelt werden und somit ein zweites Standbein erhalten. Dieses Gewerbegebiet muss klimaneutral und nachhaltig sein. Durch die hohe Stromproduktion aus Windkraft im Kreis bietet sich die Chance, Wasserstoffindustrie zu etablieren. Auch hier könnte ein Gewerbegebiet im Umfeld des Hahns die Chance bieten, den Flughafen mittel- bis langfristig mit klimaneutralem Kraftstoff zu beliefern und somit einen klimaneutralen Flugbetrieb zu gewährleisten. Im gesamten Areal rund um den Flughafen finden sich zahlreiche versiegelte Flächen aus der vorherigen Nutzung des Geländes (alte Parkplätze etc.). Im Zuge einer Weiterentwicklung des Gewerbegebietes muss auch dieses Problem angegangen und dafür gesorgt werden, dass keine Flächen mehr unnötig versiegelt sind.

Auch der Ausbau der Radwegenetze ist für uns elementar, um den Verkehrssektor CO₂-neutral zu gestalten. Wir Grüne haben im Kreistag ein durchgängiges Radverkehrskonzept mit starkem Fokus auf Alltagsfahrten im Rhein Hunsrück-Kreis beantragt. Der Kreis und die Kommunen haben hier mit einem Radwegekonzept den richtigen Weg eingeschlagen. Jetzt gilt es, konkret Maßnahmen umzusetzen und den Radverkehr nicht nur touristisch, sondern auch für Pendler und Alltagsfahrten weiter zu entwickeln.

Als ländliche Region bleibt das Auto jedoch ein wichtiges Verkehrsmittel, auch wenn es unser Ziel ist, den Individualverkehr zu verringern. Daher muss der Rhein-Hunsrück-Kreis die Ladesäuleninfrastruktur ausbauen, um die E-Mobilität zu fördern. Denkbar ist z. B., dass kommunale Liegenschaften mit Ladesäulen für Mitarbeiter*innen und Besucher*innen ausgestattet werden. Anlegeplätze für Passagierschiffe am Rhein müssen mit Landstromanlagen ausgestattet werden, damit anlegende Schiffe im Standbetrieb die Motoren ausschalten müssen.

Wirtschaft, Tourismus und Kultur

Der Rhein-Hunsrück-Kreis - Heimat von innovativen Unternehmen, lebendiger Kultur und nachhaltigem Tourismus

Unser Landkreis hat sich in den letzten Jahren zu einer wirtschaftlich starken Region entwickelt. Verantwortlich hierfür sind innovative, regionale Unternehmen und engagierte Beschäftigte, die tagtäglich sowohl im Produktions- als auch im Dienstleistungssektor gute Arbeit leisten. Auch die strukturelle Weiterentwicklung des Landkreises, allen voran der Ausbau der Erneuerbaren Energien, war hierfür ein wichtiger Beitrag. Diese Entwicklungen wollen wir weiter fördern und die verbleibenden Herausforderungen entschlossen angehen. Durch eine stärkere Förderung des nachhaltigen und naturnahen Tourismus, unterstützen wir unsere Heimat- und Urlaubsregion sowie die lokalen Tourismusbetriebe. Wir unterstützen Konzepte, die im Rahmen der BUGA 2029 positiv auf den Tourismus im gesamten Landkreis wirken. Außerdem profitieren Menschen von Nah und Fern von den vielfältigen Kulturangeboten im Rhein-Hunsrück-Kreis, die sich ebenfalls großartig weiterentwickelt haben und zugleich weiteres Potenzial bieten.

Eine zukunftsfähige Wirtschaft

Wir GRÜNE Rhein-Hunsrück stehen für eine innovative und nachhaltige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft sowie regionale Wertschöpfung und Wohlstand sichert. Deshalb unterstützen wir das regionale (Klima-)Handwerk und den Mittelstand bei der Digitalisierung und Modernisierung. Wir setzen uns für weitere Investitionen in die Energiewende ein, um neben der Windkraft auch bei der Solarenergie sowie bei Batteriespeichern und der Wasserstoffproduktion eine führende Region zu werden. Das Erfolgsrezept der Energiewende im Rhein-Hunsrück-Kreis sind Transparenz und eine aktive Bürgerbeteiligung, daran wollen und werden wir festhalten. Den Aufbau einer regionaler Energiegesellschaften unterstützen wir aktiv, um sie als starken Partner für die dezentrale Energiewende aufzustellen.

Wir schaffen gute Bedingungen vor Ort für eine nachhaltige Wirtschaftsansiedlung und eine lokale Wertschöpfung: Schnelles Internet, digitale Verwaltungsprozesse und eine gute Anbindung an den Nahverkehr sorgen dafür, dass Unternehmen und Selbstständige optimale Bedingungen vorfinden. Wir wollen attraktiv sein für Neu-Gründungen und Start-Ups und setzen uns ein für die Auslobung eines kommunalen Gründer*innenpreises.

Wir setzen uns für überregionale Gewerbe- und Industriegebiete, z. B. am Flughafen Hahn, ein, um künftige Flächenversiegelung zu reduzieren. Künftige Gewerbe- und Industriegebiete müssen Versickerungsflächen aufweisen, um die Bildung von Grundwasser zu ermöglichen. Industriegebäude sind ausreichend zu begrünen (am Boden, auf dem Dach, an der Fassade), um natürliche Kühlung der Gebäude und Flächen zu ermöglichen und Biodiversität zu fördern.

Wir wollen inhabergeführte Läden und Gastronomie (kleine Kneipen, Restaurants, Cafés, Dorfläden, Pensionen, Jugendherbergen) erhalten, die das Lebensgefühl und die Wertschöpfung vor Ort prägen, dabei können Konzepte des gemeinschaftsbasierten Wirtschaftens und der Wirtschaftsförderung 4.0 helfen, über die wir in den Kommunen informieren wollen. Wir setzen auf lebendige Dörfer, in denen Wohnen, Arbeiten und Freizeit nicht getrennt, sondern vernetzt werden. Zugunsten der lokalen Vernetzung unterstützen wir Initiativen für Dorfbüros und Co-Working-Spaces als attraktive Alternative zum Home-Office.

Wir arbeiten daran, dass unsere lebenswerten Kommunen über eine angemessene Finanzausstattung verfügen, denn vor Ort können wir damit direkt auf die Bedürfnisse der

Bürger*innen reagieren. Dabei sollen Ausgaben und Einnahmen ausgewogen sein - wir stehen für eine nachhaltige kommunale Haushaltspolitik. Es geht darum, das Geld an der richtigen Stelle auszugeben und langfristige Kostenfolgeabschätzung vor großen Investitionsprojekten durchzuführen.

Mit ihrer öffentlichen Beschaffung (z. B. von Baumaterialien, Büro- und IT-Equipment, etc.) haben Kommunen eine große Marktmacht, die sie positiv nutzen können, indem sie diese Schritt für Schritt verantwortungsvoll und nach sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien ausrichten. Indem die öffentliche Vergabe stärker auf die CO2-Bilanz von Produkten und Dienstleistungen achtet, können Kommunen einen großen Beitrag zum Klimaschutz sowie dem Aufbau grüner Leitmärkte leisten. Außerdem müssen soziale Kriterien entlang der Wertschöpfungskette konsequent berücksichtigt werden, um fairen Handel sicherzustellen. Die kommunalen Gebietskörperschaften verstehen sich als Vorbild in der Dekarbonisierung der Wirtschaft und bilden dies bei ihren öffentlichen Investitionen und Bauprojekten entsprechend ab.

Die Wirtschaft unseres Landkreises entwickelt sich nur, wenn wir den Arbeitnehmer*innen gute Bedingungen bieten. Dazu gehört die Berücksichtigung von Arbeitnehmerrechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen von Betriebsräten und Gewerkschaften und die Einhaltung der Tariftreue. Eine Mitverantwortung der Arbeitgeber für Fragen der Mobilität im Sinne von gemeinsam organisierten Fahrten zur Arbeit und Verbesserung der Wohnraumversorgung durch Werkwohnungen könnte auch für weniger gut ausgebildete, aber dennoch gesuchte Arbeitskräfte den Zugang zu Stellen im Landkreis ermöglichen.

Nachhaltiger Tourismus

Der nachhaltige Tourismus hat für den Rhein-Hunsrück-Kreis eine herausragende Bedeutung. Nachhaltige Investitionen in den Tourismus nutzen sowohl den Tourist*innen als auch der Entwicklung und Lebensqualität vor Ort. Für uns GRÜNE ist die Stärkung des Tourismus auch Förderung der Daseinsvorsorge, wie Ausbau und Vernetzung nachhaltiger Mobilitätsangebote, bessere Breitbandversorgung, einen guten Ausbau der lebenswerten Stadt- und Ortskerne oder Investitionen in die Freizeit- und Aufenthaltsqualität vor Ort. Gezielte Tourismusförderung kann wichtige Impulse für Klima- und Umweltschutz geben.

Die BUGA 2029 ist eine großartige Chance, um unsere Region durch nachhaltige Investitionen und Strukturmaßnahmen zu stärken. Wir GRÜNE setzen uns für eine klimaneutrale BUGA ein, die zusätzliche Wertschöpfung in das Mittelrheintal bringt und die regionale Biodiversität und den Rhein als jahrtausendalte Lebensader in den Vordergrund stellt. Für uns GRÜNE ist die BUGA perfekt dazu geeignet, das Projekt TalTotal zu reaktivieren und gemeinsam mit den Fähren ein einmaliges Radfahrerlebnis anbieten zu können. Ein kreisweites Radwegenetz, das durch uns Grüne im Kreistag beschlossen wurde, bietet dafür eine bestmögliche Unterstützung. Ebenso können die zahlreichen Wanderwege und Traumschleifen in ein Tourismuskonzept mit der BUGA integriert werden.

Wir GRÜNE wollen den nachhaltigen Tourismus vor Ort fördern. Im Fokus stehen für uns Naturerlebnisse wie Wandern und Radfahren, Erholung, nachhaltiger Städtetourismus und Kulturangebote. Tourismus muss als Gemeinschaftsaufgabe gedacht werden, deshalb setzen wir uns für interkommunale Zusammenarbeit beim Tourismus ein. Wir unterstützen unsere Tourismusbetriebe bei der Digitalisierung und wollen überflüssige Bürokratie abbauen.

Kultur und Ehrenamt

Kultur lebt von vielfältiger Kreativität und Professionalität. Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst, Kultur und Kulturpädagogik angemessen bezahlt werden, dass freischaffende

Künstler*innen aller Sparten vor Ort eine auskömmliche und gut vernetzte Arbeitsumgebung finden.

Wir möchten freischaffende Künstler*innen genauso unterstützen wie Kultureinrichtungen. Gemeinsam mit vielen Ehrenamtlichen sorgen sie für die große kulturelle Vielfalt unseres Landes - in den Städten wie auf dem Land.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommune ehrenamtliche Kultur durch Beratung und Finanzierung unterstützt.

In kleinen Gemeinden wie in großen Städten fördern und entwickeln wir Bibliotheken und Gemeinschaftshäuser als „dritte Orte“ - als Begegnungs- und Erlebnisorte demokratischer Kultur.

Wir setzen uns für kulturelle Vielfalt ein; für den Erhalt von Clubs, Ausstellungsräumen, Spiel- und Begegnungsstätten, Musikkneipen, soziokulturellen Zentren. Wir unterstützen die Förderung experimenteller kultureller Nutzungen in der Stadtentwicklung. Wir fordern, dass die Kommune ihnen bei der Ansiedlung hilft und sie planungsrechtlich vor Verdrängung schützt.

Wir setzen uns dafür ein, jungen Menschen vielfältige Zugänge zu Kultur zu eröffnen. Wir unterstützen, dass der Kulturpass für junge Menschen auch bei uns vor Ort kulturelle Teilhabe ermöglicht. Wir fordern, auch für Familien und für mobilitätseingeschränkte, bspw. ältere Menschen Möglichkeiten zu schaffen, die ihnen kulturelle Teilhabe erlauben.

Jede Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen, von der Kita bis zur Volkshochschule, dient der Entwicklung einer demokratischen Kultur.

Für unsere offene Gesellschaft unterstützen wir Geschichts- und Erinnerungsorte sowie Archive als Orte der Vermittlung, der Bildungsarbeit und des Wissens. Wir wertschätzen das vielfältige kulturelle Erbe und setzen uns für den Erhalt, den Schutz und die Pflege der Kulturdenkmäler unserer Region sowie der UNESCO- Welterbestätte Oberes Mittelrheintal ein.

Um unsere reiche kulturelle Landschaft zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten, wollen wir uns aktiv an der Umsetzung der Kulturentwicklungsplanung der Landesregierung beteiligen.

Rheinland-Pfalz ist das Land des Ehrenamts und wir GRÜNE setzen uns für gute Bedingung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit in allen Lebensbereichen ein. Das zeigt sich vor allem bei uns vor Ort: Viele Bürger*innen engagieren und organisieren sich vielfältig in zahlreichen Vereinen, von der Feuerwehr über die Sportvereine bis zu Umwelt- und Naturschutzverbänden. Die Förderung dieser Vereinskultur ist uns ein wichtiges Anliegen. Fehlende finanzielle Ressourcen dürfen kein Hinderungsgrund für die Aufnahme eines Ehrenamtes sein.

Stadt- /Dorfentwicklung

Wir wollen eine grüne nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen gezielt fördern und so die Lebensqualität in unseren Gemeinden steigern. Wir nutzen dabei die kommunalen Förderprogramme und Wettbewerbe wie das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI), „Starke Kommunen - Starkes Land“, „CityBoost“ oder „Unser Dorf hat Zukunft“, um GRÜNE Schwerpunkte zu setzen und damit den Ausbau der interkommunalen Kooperation und unsere Leitlinie „Innen- vor Außenentwicklung“ zu fördern, zum Landesziel Netto-Null Flächenverbrauch bis 2030 beizutragen und somit den Flächenfraß zu stoppen.

Der demografische Wandel macht vor dem Rhein-Hunsrück-Kreis nicht halt. Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel gestalten. Wir bevorzugen Landesmittel und andere Förderungen für lebendige Ortskerne, in denen Jung und Alt den Raum für Begegnung haben statt nur für ausufernde Neubaugebiete.

Das Land stellt mit dem RAUM+Monitor ein Instrument für die Erhebung und Bewertung von Siedlungsflächenpotenzialen zur Verfügung. Mit dessen Hilfe können Leerstandskataster erstellt werden. Dies wollen wir GRÜNE flächendeckend nutzen und mit innovativen Konzepten den Leerstand innerorts bekämpfen.

Wir wollen den Folgekostenrechner des Landes, mit dem die Kosten von Neubauprojekten auf ökologische und soziale Folgekosten geprüft werden können, bei allen Neubauprojekten anwenden.

Wir setzen uns für die Erstellung eines Informationsleitfadens und einer Arbeitscheckliste „Generationengerechtigkeit“ auf Kreisebene ein, welche allen Kommunen als Hilfestellung für die Planungsaufgaben zur Verfügung gestellt werden soll. Generationengerechtigkeit bedeutet hier z. B. auch, die Sichtweise der sehr jungen Generation, die auch in 50 und mehr Jahren hier leben wollen mit in unsere Planung aufzunehmen. Insbesondere sollen hier der Klimaschutz sowie die Klimawandelanpassung in die Bauleitplanung der Kommunen frühzeitig integriert werden.

Wir möchten lebendige und barrierefreie Ortskerne für mehr Lebensqualität in unseren Kommunen schaffen.

Wir setzen uns für eine gute Nahversorgung sowie für den Erhalt von Angeboten der Daseinsvorsorge im Rhein-Hunsrück-Kreis ein.

Außerdem fordern wir eine flächendeckende Bereitstellung schneller Internetzugänge und die Beseitigung von weißen Flecken im Mobilfunknetz.

Wir werden verstärkt auf Flächenrecycling setzen, um versiegelte Flächen einer Entsiegelung und Wiederbegrünung zuzuführen.

Wir fördern gemeinschaftliche Wohnprojekte auch im Altbaubestand zur Reaktivierung von Dorfkernen und alten Siedlungsstrukturen.

Wir begrüßen den Welterbe-Status unseres Oberen Mittelrheintals. Die Region profitiert hierdurch auf vielfältige Art und Weise. Gleichzeitig möchten wir unsere Region weiterentwickeln. Es darf nicht sein, dass der Welterbe-Status einer innovativen und zeitgemäßen Weiterentwicklung des Mittelrheintals im Wege steht. Mit Blick auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien ist dies leider zu oft der Fall. Wir suchen daher nach Welterbe-konformen innovativen Lösungen, erneuerbare Energien im Mittelrheintal voranzutreiben.

Integration

Unser Ziel ist Zusammenhalt in Vielfalt.

Wir wollen, dass sich vielfältige Perspektiven in unserer Partei abbilden. Die Repräsentation auch von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen ist unser Ziel. Viele Menschen sind jedoch aufgrund von gesellschaftlichen Verhältnissen strukturell von Ungleichbehandlung betroffen. Dies wollen wir mit unserer Arbeit verbessern.

Wir wollen den Zustand der Integrationsarbeit bei uns analysieren und sichtbar machen, woran wir zukünftig weiterarbeiten müssen. Hindernisse, mit denen Menschen mit Migrationsgeschichte bei uns an der Teilhabe an der Gesellschaft gehindert werden, wollen wir beseitigen.

Hierzu wollen wir Strukturen im Zusammenhang mit Fragen der Integration analysieren und dabei ausschließende Faktoren sichtbar machen und verbessern.

Wir unterstützen Maßnahmen, die die gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Menschen ermöglichen, und die konstruktive Mitarbeit aller "Gruppen" in unserer Mitte.

Dazu gehört der Abbau von Barrieren für Migrant*innen, ebenso wie für andere marginalisierte Gruppen von Menschen (d.h. Menschen, die von Benachteiligung betroffen sind).

Wir setzen uns ein für eine solidarische Gesellschaft, welche allen Menschen eine Chance zur Integration anbietet.

Wir wollen die erfolgreiche und vielfältige Integrationsarbeit des Landkreises aktiv erweitern.

Schwerpunkte für eine gelingende Integration sind: Schulische Bildung, Sprachkompetenz, Arbeitsmarktintegration, Familienbildung sowie Sport und Kultur. Hier setzen wir uns für starke Angebote, die für neu zugewanderte und hier geborene Menschen gleichermaßen offen und attraktiv sind, ein.

Damit unterstützen wir ein gutes Miteinander und verstehen Integration als einen gegenseitigen Prozess. Wichtig ist uns dabei der Abbau von Integrationshemmnissen.

Wir setzen uns ein für...

...starke haupt- und ehrenamtliche Strukturen in der solidarischen Integrationsarbeit.

...Weiterbildungsmöglichkeiten für ehrenamtlich in der solidarischen Flüchtlingsarbeit und in der interkulturellen Begegnungsarbeit Tätige.

...ein von Achtung, Respekt und Würde geprägtes Verwaltungshandeln, unabhängig von Anliegen und Herkunft der Beteiligten.

...Stärkung der Migrationsbeiräte und damit der Mitsprache von Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Kreis.

...Rückkehrprogramme im Falle der absehbaren oder rechtskräftig festgestellten Rückkehrpflicht. Abschiebungen sollten keinesfalls „um jeden Preis“ erfolgen und müssen unter Berücksichtigung von humanitären Gesichtspunkten, insbesondere dem Kinderschutz, vollzogen werden.

...Integrationsarbeit im Sinne einer sozial, wirtschaftlich und ökologischen Nachhaltigkeit, unter Berücksichtigung der 17 Ziele der UN-Agenda 2030.

...Integrationsarbeit, die als Prozess begriffen und regelmäßig inhaltlich hinterfragt wird (z. B. im Rahmen eines Integrationskonzeptes).

Wir nehmen die Herausforderungen der Kommunen im Zusammenhang mit Integration und Versorgungsaufgaben ernst und arbeiten aktiv auf allen Ebenen an guten und entlastenden Lösungen für alle beteiligten Gruppen mit.

Soziales Miteinander

Wir Grüne stehen für ein offenes und tolerantes Miteinander mit Vielfalt und Barrierefreiheit. Wir entwickeln konkrete Maßnahmen, wie wir gegen soziale Ausgrenzung wirken und Rassismus und Diskriminierung nachhaltig bekämpfen können. Unser Ziel ist eine aktive Bürgerschaft und eine lebendige Gemeinschaft in den Kommunen.

Unsere Gesellschaft lebt davon, dass sich viele Menschen in ihrer Freizeit ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren. Diese Menschen und ihre Tätigkeiten müssen mehr wertgeschätzt, unterstützt und vor allem gefördert werden.

Mit dem Wort „Miteinander“ betonen wir die Wichtigkeit, generationsübergreifende Projekte zu fördern. So beispielsweise gemeinsame Mittagessen der Kitakinder, Schüler*Innen und den Senioren in den Orten. Es entsteht ein Miteinander nach dem Motto „Einer passt auf den anderen auf und jeder kann vom anderen lernen“.

Mit der Forderung nach Jugendparlamenten und deren Unterstützung müssen auch Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragte weiter gefördert und gestärkt werden, indem sie bei politischen Entscheidungsprozessen fest etabliert werden. Seniorenbeauftragte sind wichtig für ältere Menschen und stehen als Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Wir unterstützen die Dörfer und Städte, die keine Seniorenbeauftragte haben, diese zu gewinnen.

Kampf gegen Rechts

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der alle frei leben können. Wir treten ein gegen Intoleranz und Hass, gegen Ausgrenzung und Vorverurteilung, gegen Antisemitismus und Rassismus. Im Kampf gegen Rechts und gegen weitere Demokratiegegner setzen wir auf Demokratiebildung von Anfang an und eine starke Zivilgesellschaft, denn dieser Kampf ist die Aufgabe von uns allen. Ob im Internet oder auf der Straße, ob in sozialen Netzwerken oder am Stammtisch: Wir stellen uns rechten Parolen und Ideologien entgegen und räumen faktenbasiert Verschwörungstheorien aus dem Weg. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Raum keinen Fuß breit den Rechtsextremist*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsanhänger*innen und rassistischen Parteien zu überlassen. Wir setzen uns für einen fairen und konstruktiven Wettbewerb der besten Ideen zwischen den demokratischen Parteien ein und versuchen in diesem Rahmen politische Mehrheiten zu finden. Eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Kräften lehnen wir GRÜNE entschieden ab. Wir unterstützen alle Projekte, die Demokratie fördern. Keines der 72 Projekte von "Demokratie Leben" in Rheinland-Pfalz ist in unserem Landkreis angesiedelt. Wir streben eine "Partnerschaft für Demokratie" an, in welcher Städte, Gemeinden oder der Landkreis lokale Handlungsstrategien entwickelt, um Demokratie und Vielfalt zu stärken und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten.

Umwelt- und Artenschutz

Klimakrise, Schadstoffe in Wasser, Luft und Boden sowie Flächenverbrauch zehren an den Lebensgrundlagen kommender Generationen. Wir wollen unsere kostbare Natur erhalten und setzen uns für die Renaturierung von Bächen, die ökologische Aufwertung von Flächen und den Erhalt unserer Biodiversität ein. Für uns GRÜNE steht daher der Schutz der wertvollen Ressourcen im Mittelpunkt unserer Politik.

Wir GRÜNE wollen die Verabschiedung kommunaler Biodiversitätsstrategien: Mit diesem Instrument können Maßnahmen gebündelt und alle Akteur*innen eingebunden werden. Wir fördern unter anderem auf Landesebene mit der Aktion Grün konkrete Maßnahmen vor Ort zur Anpflanzung von Blühsteifen sowie für Biotopvernetzungen bei uns.

Für die Naherholung und die Gesundheit der Menschen in unserem Kreis spielt der Wald eine immer wichtigere Rolle. Deshalb stärken wir den naturnahen Waldbau und fördern den Wasserrückhalt im Wald. Wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere kommunalen Wälder nach dem Nachhaltigkeitssiegel des FSC oder Naturland zertifiziert werden, damit sich diese durch eine naturnahe Waldbewirtschaftung klimaresilient entwickeln können.

Auch sollten die Vermarktung von Ökosystemdienstleistungen des Waldes eine stärkere Rolle spielen und dafür sorgen, dass der Wald nicht primär Einnahmen durch Holzvermarktung schafft. Als Beispiel dient hier der Bopparder Forst, in welchem Ökosystemdienstleistungen im Rahmen eines Sponsorings vermarktet werden und somit eine weitere Einnahmequelle generiert wird. Dieses Vorgehen sollte ein Musterbeispiel für den gesamten Kreis darstellen.

Nur ein intakter Wald kann den wachsenden Ansprüchen als Erholungsraum gerecht werden. Wir wollen die Aufforstung der Wälder mit heimischen Arten weiter voranbringen, aber auch alternative Projekte, z. B. die Neuanpflanzung mit „untypischen“ Baumarten für klimaresiliente Wälder oder Projekte an Schulen oder bei Vereinen fördern.

Der Wildbestand muss so gesteuert werden, dass eine Verjüngung des Waldes stattfinden kann. Zur besseren Unterstützung der Waldentwicklung benötigen wir ein jagdliches Management mit einer professionalisierten Jagd. Wir setzen uns zugunsten des Walderhalts für eine ökologische Jagd in unseren kommunalen Wäldern ein und befürworten die Novelisierung des rheinland-pfälzischen Jagdgesetzes unter Beteiligung aller relevanten Akteure.

Wir plädieren für ein Verbot insbesondere von Glyphosat und Neonicotinoiden, darüber hinaus aber auch von anderen Pestiziden auf kommunalen Flächen: nicht nur das Grünflächenamt, auch Pächter*innen können zu umweltschonender Bewirtschaftung bewegt werden. Pestizide und schädliche Mengen Nitrats haben in unseren Gewässern nichts verloren.

Wir werden uns für eine klimaangepasste, insektenfreundliche Bepflanzung aller öffentlichen Flächen einsetzen. Dies spart Wasser, Geld und Arbeit zugunsten der Artenvielfalt und eines attraktiven Ortsbildes.

Mit dem Verschwinden artenreicher Blumenwiesen und der Zunahme von Monokulturen haben die Straßenränder in den vergangenen Jahrzehnten enorm an Bedeutung gewonnen und sind zu einem Rückzugsort für Insekten und Kleintiere geworden. Jedes Jahr finden radikale Rückschnitte statt sowie das Belassen des Mahdguts. Eine Mulchmahd ist zwar kostengünstig, aber nicht ökologisch. Auch erscheint uns das Mähen ohne Einsammlung des herumliegenden Mülls wenig sinnvoll, weil dieser sonst mit geschreddert wird.

Kompensationsmaßnahmen werden häufig nicht oder nur unzureichend umgesetzt oder nicht sachgerecht gepflegt. Nur wenn Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation von

Eingriffen in die Natur auch fachgerecht und dauerhaft umgesetzt werden, erzielen sie die im Gesetz beabsichtigte Wirkung.

Bei Baugenehmigungen müssen Klimaneutralität und Klimafolgen Beachtung geschenkt werden. Beim Bauen geht es natürlich darum, Raum zu schaffen und zu erhalten. Wir müssen aber darauf achten, nicht zu viele Flächen zu versiegeln. Oberstes Ziel muss sein, Flächen zu schonen mit nachhaltigem Bauen: doppelte Innenentwicklung, Innenverdichtung, Flächenrecycling und Mehrgeschossbau vor Neuausweisung von Flächen.

Wir werden Informationen zur insektenfreundlichen Bepflanzung von Balkonen und Gärten zur Verfügung stellen, idealerweise in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, lokalen Gartenbaubetrieben und dem Pflanzenhandel. Mit Fördermitteln können Anreize für Wasserzisternen geschaffen werden.

Landwirtschaft, Tierschutz und Ernährung

Landwirtschaft und Tierschutz

Wir stehen für eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur arbeitet, Tiere respektvoll behandelt, Bäuerinnen und Bauern ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Die von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Landwirtschaft wollen wir erhalten und ihr eine sichere Zukunft geben. Immer mehr Menschen kaufen gezielt biologische und regionale Produkte ein und unterstützen dadurch direkt die biologische Vielfalt und eine klima- und umweltschonende Landwirtschaft ohne Gentechnik. Wir setzen uns für eine starke ökologische Landwirtschaft ein.

Wir werden uns für die Schaffung von regionalen Vermarktungsmöglichkeiten einsetzen, wie Regional-Läden oder Hofautomaten, in denen Produkte aus der Region verkauft werden.

Wir wollen dem Netzwerk deutscher Bio-Städte (Bio-Kommunen) beitreten.

Wir unterstützen Saatgutbörsen und die Förderung von alten Obst- und Gemüsesorten vor Ort.

Wir werden die Sensibilisierung für die Lebensmittelverschwendung und den Strukturwandel in der Landwirtschaft gemeinsam mit den Kindertagesstätten und Vereinen vor Ort vorantreiben. Wir befürworten und unterstützen lokale Initiativen der Lebensmittelrettung wie "Foodsharing" und "Fairteiler".

Wir streben die Einrichtung von Runden Tischen mit Landwirt*innen, Winzer*innen und Naturschutzverbänden an. Denn Natur- und Klimaschutz vor Ort kann nur gemeinsam gelingen.

Für die Tierschutzinitiativen vor Ort wollen wir die Förderung sichern, denn Tierschutz ist Verfassungsziel.

Ernährung

Wir wollen, dass unsere Kinder in Kitas und Schulen eine gesunde Ernährung erhalten. Die Versorgung mit biologisch, saisonalen und regional erzeugten guten Lebensmitteln in der

Gemeinschaftsverpflegung wollen wir verbessern und unterstützen durch entsprechende Programme und Projekte in Kitas und Schulen, aber auch für Erwachsene und unsere Senioren. Damit unterstützen wir auch eine nachhaltige Erzeugung von gesunden Lebensmitteln aus der Landwirtschaft vor Ort.

Wir GRÜNE werden die Einhaltung des Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen sowie Kantinen vorantreiben und dies auch bei der Ausschreibung des Caterings beachten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Anteil regionaler Lebensmittel auf 50 % und ökologisch erzeugter Lebensmittel auf 30 % im Verpflegungsangebot möglichst kostenneutral für die Eltern gehoben wird und stärken so die regionale Wertschöpfung.

Wir unterstützen Frischküchen in den Bildungseinrichtungen.

Wir setzen uns für die Einrichtung und Unterstützung von Kita-, Schul-, Generations-, Integrations-Gärten und Bienen-Schulungen ein und rufen dafür die Mittel der Aktion Grün ab.

Wir wollen die Vorbildfunktion der Verwaltung stärken und setzen uns für eine nachhaltige, ökologisch orientierte öffentliche Beschaffung auch bei Festen und Veranstaltungen ein.

Impressum

Dieses Grundsatzprogramm wurde durch die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Rhein-Hunsrück, am 18.11.2023 beschlossen.

Herausgeber*in:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Rhein-Hunsrück

Herzog-Reichard-Str. 33

55469 Simmern

E-Mail: kv-rhein-hunsrueck(at)gruene-rlp.de

V.i.S.d.P.:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Rhein-Hunsrück

Daniela Lukas-von Nievenheim und Dominik Loch

Herzog-Reichard-Str 33

55469 Simmern